

Fragenkatalog des Nürnberger Integrationsrats zur Kommunalwahl 2026

Antworten SPD

I. Verwaltung und Integration

Die Nürnbergerinnen und Nürnberger klagen gerne einmal über ihre Stadtverwaltung. Dabei fallen oft Stichworte wie mangelnde Terminverfügbarkeit und schlechte Erreichbarkeit bzw. Zugänglichkeit bestimmter Dienststellen, aber auch die lange Bearbeitungsdauer von Anträgen wird genannt. Der Integrationsrat erhält sehr viel Feedback zu Problemen mit MI (der städtischen Ausländerbehörde), aber auch allgemein zu Integrationsthemen. Unsere Fragen zu diesem Bereich lauten:

1. Herausforderungen bei der Ausländerbehörde und anderen Ämtern

o Welche dringenden Herausforderungen sehen Sie speziell im Amt für Migration und Integration, und welche spezifischen Maßnahmen planen Sie, um diese anzugehen?

Wir werden die Ausländerbehörde zur gut erreichbaren Ankommens- und Begleitzentrale umbauen.

Der stetige Personalmangel gekoppelt mit den immer wieder sich ändernden Vorgaben im Ausländerrecht machen in Nürnberg schon seit langem das Suchen und auch das Binden vom Personal für das MI zu einer großen Herausforderung. Auch die Digitalisierung des Amtes bringt zwar viele Vorteile, aber auch zusätzliche Hürden für manche vor allem nicht so digitalaffine Menschen mit sich. Die Bearbeitungsdauer ist inakzeptabel, die Erreichbarkeit für die Antragstellerinnen und Antragsteller deutlich ausbaufähig. Dieses Thema sprachen wir auch in der Vergangenheit immer wieder an, doch die bisherigen Bemühungen führten nicht zu einer deutlichen Verbesserung. Wir beurteilen aber trotzdem das Einführen des Beschwerdeteams als positiv.

o Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen dafür, dass es in der städtischen Verwaltung nicht überall „rund läuft“ bzw. dies von den Bürgerinnen und Bürger so wahrgenommen wird: Sind es strukturelle Defizite, Ressourcenmangel oder organisatorische Mängel? Welche Reformen würden Sie konkret einleiten?

Wie oben dargestellt fehlt es nicht an Willen, sondern vor allem am qualifizierten Personal. Um die Personalbindung zu erhöhen, setzten wir uns in Vergangenheit deswegen dafür ein, dass die MA eine Schalterzulage bekommen und die Aufstiegschancen gerade im Bereich MI verbessert werden. Die Situation ist trotzdem nicht zufriedenstellend. Daher beantragen wir wieder einen Bericht, wie der Einsatz von neuen Technologien (Robotics) und die Einführung eines Rückrufservices zumindest die Transparenz und die Erreichbarkeit der Behörde verbessern könnten.

2. Effizienz und Bürgernähe

o Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs tatsächlich messbare Verbesserungen im Verwaltungsprozess erleben?

Bürokratie schafft Ordnung, Transparenz und Schutz vor Willkür, darf aber nicht zum Hindernis werden. Wir vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern und werden dafür sorgen, dass auch die Stadt ihnen wieder stärker vertraut. Mit digitalen Lösungen sollen Ämter effizienter arbeiten, Anträge einfacher gestellt werden können und Wartezeiten deutlich reduziert werden. Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr Serviceleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger – schnell, zuverlässig und bürgerfreundlich. Vor allem durch den verstärkten Einsatz von neuen Technologien und weiteren Ausbau des im Rahmen der beamtenrechtskonformen Zulageformen.

o Digitalisierung im Bereich der Verwaltung kann ein Segen sein, aber auch neue Hürden aufbauen – es gibt auch viele Menschen (z.B. Ältere, Behinderte, Analphabeten), die bei einer rein digitalen Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit der Stadtverwaltung faktisch von ihren Angeboten ausgeschlossen würden. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Verwaltung sowohl effizienter wird und dennoch barrierefrei für alle Menschen in dieser Stadt zugänglich ist?

Die Vorteile der Digitalisierung (z.B. im Bezug auf die Mehrsprachigkeit, aber auch die Barrierefreiheit) stehen weiterhin im Focus des Handelns, doch wir wollen weiterhin einen direkten Bürgerkontakt und Zugänglichkeit aufrechterhalten, z.B. durch die Einführung eines analogen Info-Points auf TheQ, welcher auf unser Drängen hin aktuell für das neue Gebäude geplant ist.

3. Sichtbarkeit von Integrationsthemen

o Gibt es konkrete Überlegungen, eine Ansprechperson nach außen für Integrationsthemen zu bestimmen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Aufgaben im Bereich Integration oft als Querschnittsaufgaben organisiert sind und von außen schwer nachvollziehbar ist, wer wofür zuständig ist?

Bisher sind wir der Linie des kollektiven Integrationsbeauftragten mit einer klaren Koordinierungsstruktur treu gewesen. Vor allem der Integrationsrat als politisches Gremium, aber auch Ansprechpartner für die Verwaltung ist für uns wichtig. Doch wir stehen den Verbesserungsvorschlägen offen gegenüber.

o Wenn ja, welche Rolle sehen Sie für einen Beauftragten bzw. Ansprechpartner für Integration als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgerschaft? Wie könnte dieser helfen, die Sichtbarkeit integrativer Maßnahmen zu verstärken, bzw. wie möchten Sie dies auf anderen Wegen erreichen?

Solange dieser Beauftragte nicht als alleiniger Verantwortlicher für die Themen der Integration handelt, sondern primär als Orientierung dient, sind wir gegenüber der Idee offen.

II. Bildung und Chancengleichheit

Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit des Integrationsrates in den vergangenen Jahren war und ist die Thematik eines chancengerechten, diskriminierungsfreien Bildungssystems. Hierzu folgende Fragen:

4. Frühe Sprachförderung

o Welche innovativen Ansätze verfolgen Sie, um die sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationsgeschichte frühzeitig und bedarfsgerecht zu gewährleisten?

Unser Ziel ist, jedem Kind eine helfende Hand zur Verfügung zu stellen, gerade in der frühkindlichen Bildung. Wir sind der Meinung, dass die Sprachförderung vor allem in den Bildungseinrichtungen der frühen Bildung stattfinden soll. Deswegen haben wir z.B. die Sprachkitas und die Sprachförderprogramme qualitativ und quantitativ ausgebaut. Die additiven Angebote sind von Vorteil, können aber nur als Ergänzung gesehen werden. Trotzdem beobachteten wir mit Sorge, als die Angebote von Deutsch 240 während und nach Corona ausfielen. Auf der Einhaltung der Förderung muss weiterhin der Fokus liegen. Die Förderung der Kinder mit Sprachförderbedarf steht im Mittelpunkt des Handelns.

5. Antidiskriminierung im Bildungswesen

o Wie wollen Sie Diskriminierung in Bildungseinrichtungen aktiv bekämpfen und eine Kultur der Chancengleichheit fördern?

Gerechte Bildung für alle heißt: Allen Menschen in unserer Stadt— ganz gleich welcher Herkunft – lebenslang die Chance auf persönliche Weiterentwicklung zu geben, von Anfang an unterschiedliche Bildungswege zu eröffnen und zweite, dritte und vierte Chancen für diejenigen aufzuzeigen, denen der Zugang zu den einfachen Wegen versperrt war. Nürnberg soll die Stadt sein, in der kein Talent verloren geht – weil Bildung ein Menschenrecht ist und unsere Gesellschaft alle Talente braucht

Wichtig ist an der Stelle, dass auch der Freistaat Bayern mitzieht, denn die Mehrheit der Schulen ist staatlich und es gilt das Versprechen des Staates auf Diskriminierungsfreiheit in Schulen. Dazu gibt es gute Erfahrungen in anderen Bundesländern, wie z.B. in Hamburg. An diese Erfahrungen wollen wir gerne als Nürnberg anknüpfen, können es jedoch rein kommunal nicht lösen.

III. Wohnen

Das Thema Wohnen ist und bleibt ein Dauerbrenner für alle Bevölkerungsgruppen, gerade in einer nach wie vor dynamisch wachsenden Großstadt wie Nürnberg.

Unser Plan ist ein New-Deal-Wohnen: 400 Millionen Euro für bezahlbaren Wohnraum. Ich will den kommunalen und genossenschaftlichen sozialen Wohnungsbau vorantreiben, eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik betreiben und stärker gegen überhöhte Mieten und Zweckentfremdungen vorgehen. Wohnungen sind zum Wohnen da und nicht zum Spekulieren!

6. Bezahlbarer Wohnraum für alle

o Welche Strategien verfolgen Sie, um sicherzustellen, dass bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Migrationshintergrund und alle anderen bedürftigen Gruppen gleichberechtigt zugänglich bleibt?

Wir wollen die Programme von Bund und Land mit einem Nürnberger Förderprogramm, das WBG, gemeinschaftliche Wohnformen, Genossenschaften und soziale Bauträger unterstützt, stärken. Wichtig sind dabei eine langfristige Mietpreisbindung, soziale Mischung und Qualität im Quartier. Wohnraumförderung hat einen sozialen Zweck: Wir werden sicherstellen, dass die soziale Verantwortung der geförderten Bauträger als Kriterium bei der Entscheidung über die Fördervergabe beachtet wird. Die Vermittlung über das Wohnungsamt soll weiterhin allen Bedürftigen zur Verfügung stehen und die WBG tut alles, um diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen.

7. Soziale Durchmischung

o Was sind Ihre Pläne, um eine gesunde soziale Durchmischung in Stadtteilen zu fördern und Ghettoisierungstendenzen entgegenzuwirken?

In mehreren Quartieren Nürnbergs sind in den vergangenen Jahren Neubauten mit außergewöhnlich hohem Anteil geförderter Wohnungen entstanden.

Wir sprechen uns gegen die Konzentration von Wohneinheiten mit 100% gefördertem Wohnungsbau in unterer Einkommensstufe aus.

Es ist in einigen Quartieren notwendig, einen beginnenden Prozess der sozialräumlichen Segregation aufzuhalten, mindestens aber abzuschwächen. Den sozialen Diensten und Einrichtungen vor Ort wie zum Beispiel Kitas, Schulen, Jugendsozialarbeit an Schulen, ASD, SFD, Erziehungsberatung und weiteren Beratungsstellen kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Sie sind die verlässlichen, kontinuierlichen Anlaufstellen vor Ort, die die Menschen in ihrer Alltagsbewältigung am besten unterstützen können. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Einrichtungen bei der Planung neuer Quartiere von vornherein mitgedacht werden. In bestehenden Quartieren wollen wir sie besser miteinander vernetzen und ihre Angebote bekannter machen.

IV. Arbeitsmarkt und Integration

Ein weiteres großes Thema, mit dem sich der Integrationsrat intensiv beschäftigt, ist die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten und allgemein von Menschen mit Migrationshintergrund.

8. Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration

o Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den örtlichen Arbeitsmarkt effektiv zu beschleunigen?

Mit unserem Antrag für spezielle Job-Börsen für Menschen mit Sprachniveau A1 haben wir eine Richtung vorgegeben, die inzwischen in Teilen umgesetzt und vom Integrationsrat, dem Job-Center und weiteren Partnern weiterentwickelt worden ist. Wir setzen uns ein für bessere Anerkennung der Berufsabschlüsse und halten z.B. an der ZAQ fest. Wir wollen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt abbauen und setzen uns z.B. mit den innovativen Einsätzen wie den Praktikas bei der Stadt Nürnberg mithilfe unseres Kämmerers Thorsten Brehm ein. Dies ist im Rahmen der öffentlichen Vorgaben schwierig, aber wir hoffen, dass die Stadt damit ein Beispiel setzt, wie die Potentiale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser genutzt werden können. Außerdem setzen wir uns seit Jahren für diverse Programme zur Interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung ein. Deutsch als Zweitsprache in Beruflichen Schulen öffnet die Tür zum Arbeitsmarkt und zur Integration. Dieses Angebot müssen wir wertschätzen und stärken.

Wir wollen Unternehmen aktivieren und Integrationspartnerschaften einfordern, um berufsbegleitendes Deutschlernen und Qualifikationserwerb, sowie stufenweise berufsbegleitende Weiterentwicklung zu unterstützen.

9. Förderung benachteiligter Gruppen

o Wie setzen Sie sich speziell für die berufliche Integration benachteiligter Gruppen, wie Frauen mit Migrationsgeschichte oder junge Geflüchtete, ein?

Mit besonderen Programmen z.B. der städtischen Tochtergesellschaft NOA setzen wir Programme um, die vor allem auch diese Gruppen unterstützen und zur dauerhaften Integration beitragen.

Das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen und die Anerkennungsförderung werden wir fördern.

V. Beteiligung und Mitbestimmung

Das Interesse der Bevölkerung für die Mitbestimmung auf kommunaler Ebene ist leider nicht so hoch, wie man sich dies wünschen würde – die Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen in Nürnberg im Jahr 2020 betrug nur 44,8%. Angesichts dessen stellen sich uns folgende Fragen:

10. Politische Teilhabe und Mitbestimmung

o Welche innovativen Beteiligungsformate wollen Sie implementieren, um gerade Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und ihre Stimme zu stärken?

Bereits vor Jahren haben wir uns Gedanken über die Erhöhung der Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte z.B. an den Bürgerversammlungen gemacht. Doch dieses Bemühen ist sicher noch nicht am Ziel. Wir sehen aber auch die positiven Effekte der Kulturprojekte, die partizipativ aufgebaut sind, wie z.B. von KommVor-Zone, die gerade die dicht besiedelten Stadtteile mit einem hohen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Fokus hat.

11. Inklusive Beteiligung

o Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Beteiligungsangebote auch tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen erreichen, insbesondere jene mit sprachlichen oder kulturellen Barrieren?

Wir setzen vor allem auf die Menschen, die durch ihre eigenen Erfahrungen in der Lage sind, Menschen mit ähnlichen Spracherfahrungen anzusprechen. Im städtischen Kontext sind wir z.B. sehr froh über die vielen Kulturmittlerprojekte.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese durch die Stadt oder über Träger, die von der Stadt unterstützt werden, weiterhin finanziert und teilweise sogar ausgebaut werden. Das ist uns trotz der schwierigen Haushaltslage ein großes Anliegen.

VI. Zukunftsausblick

Zum Abschluss möchten wir gerne noch etwas über Ihre langfristigen Ziele erfahren.

12. Ihre Vision für 2032

o Was sind Ihre messbaren Ziele für die Integrationspolitik bis 2032, und wie planen Sie, diese zu erreichen?

Die ausländerfeindlichen und menschengruppenverachtenden sowie antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft sind kaum mehr messbar, Vielfalt ist sichtbar und der Unterschied des Bildungserfolgs zwischen den Kindern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte ist nicht mehr vorhanden.

Bei der Ausbildungsplatz- sowie der Arbeitssuche spielt der Name für den Aussichtserfolg keine Rolle und auf dem Wohnungsmarkt herrscht eine Gleichberechtigung bei der Wohnungsvergabe. Wir werden uns in den kommenden sechs Jahren dafür einsetzen, dass Nürnberg zur Stadt der Chancen wird, die für alle bezahlbar ist und funktioniert!